

## "Ein größeres, aber auch stärkeres Europa ?" in Luxemburger Wort (4. Januar 1995)

**Quelle:** Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 04.01.1995, n° 2; 148. Jg. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul.

**Urheberrecht:** (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"ein\\_groebteres\\_aber\\_auch\\_staerkeres\\_europa\\_"\\_in\\_luxemburger\\_wort\\_4\\_januar\\_1995-de-ac371c68-d718-4365-b367-c90eb63f2300.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 18/09/2012

## Ein größeres, aber auch stärkeres Europa?

Seit 1. Januar besteht die Europäische Union aus 15 Mitgliedsstaaten: Die Erweiterung um Österreich, Schweden und Finnland läßt die Gesamtfläche auf 3,2 Mio. Quadratkilometer und die Bevölkerung auf 370 Millionen anwachsen. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund sechs Billionen ECU bildet die EU den größten Binnenmarkt der Welt. Zwei der Neuen, Schweden und Österreich, sind sog. Nettozahler, d.h. sie bringen mehr in die Brüsseler Kasse ein als sie an Direktzahlungen erhalten. EU-Europa ist also größer und reicher geworden, aber ist damit auch ein stärkeres politisches Gewicht verbunden?

Statistisch gesehen profitieren die Bevölkerungen der Beitrittsländer zunächst einmal von der EU-Mitgliedschaft. Vor allem die Lebensmittelpreise fallen. Im Wiener Europaministerium wurde errechnet, daß die österreichischen Familien im Durchschnitt monatlich 2800 F einsparen können. Auf der anderen Seite sind in erster Linie die ärmeren Mittelmeerländer und Irland über die aufgestockten Strukturfonds Nutznießer der Erweiterung. So weit, so gut. Materiell gesehen ist gegen die vierte EU-Erweiterung kaum etwas einzuwenden.

Politisch werden von den drei Ländern neue Akzente in der Umwelt-, Sozial- und Handelspolitik erwartet. Alle drei haben hohe sozial- und umweltpolitische Standards und sind Protektionismus im Handel grundsätzlich abgeneigt. Aber werden sie im Entscheidungsorgan, dem EU-Ministerrat, ihre Vorstellungen auch durchsetzen können? Die Fünfzehnergemeinschaft muß mit dem gleichen institutionellen Gerüst auskommen, das 1957 für die damals sechs Unterzeichnerstaaten der Römischen Verträge aufgebaut wurde. Es ist eine Binsenweisheit, daß ein Konsens unter 15 ungleich schwieriger ist als unter nur sechs, vor allem wenn Einstimmigkeit geboten ist. Die Anwendung von Mehrheitsabstimmungen muß daher zur Regel im Ministerrat werden, Ausnahmen sind nur noch bei wirklich vitalen Interessen eines Mitgliedslandes zuzulassen.

Vielleicht birgt die Währungspolitik Überraschungen aufgrund der Erweiterung. Schon werden im Europäischen Währungsinstitut EWI, dem Vorläufer der Europäischen Zentralbank in Frankfurt, Planspiele durchgeführt. Kann der für 1997 anvisierte Startschuß für eine gemeinsame Währung doch mit einer Mehrheit von EU-Staaten (erforderlich sind acht) abgegeben werden, dann nämlich wenn diese die Maastrichter Konvergenzkriterien erfüllen? Selbst wenn diese nicht gelingen sollte, ist beim zweiten Starttermin 1999 mit einem halben Dutzend Staaten - unter ihnen Luxemburg - zu rechnen, die die Währungsunion realisieren. Österreich und Schweden werden sicherlich dabei sein.

Den Bürger plagen im Grunde andere Ängste als die Einführung einer Europawährung. An erster Stelle stehen die Arbeitslosigkeit sowie die Innere und äußere Sicherheit. In puncto Arbeitsmarkt hat Luxemburg als einziges europäisches Land praktisch Vollbeschäftigung aufzuweisen. Was die innere Sicherheit angeht, so richten sich die Blicke im ersten Halbjahr '95 auf den neuen EU-Vorsitz Frankreichs. In Essen hat Präsident Mitterrand die Schaffung der europäischen Polizeibehörde Europol bis Ende Juni versprochen. Kurz vor Weihnachten wurde auch Einigung über das Inkrafttreten des Schengener Abkommens zum 26. März erzielt. Damit sollen effizientere Fahndungserfolge verbunden sein. Doch die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen werden die europapolitischen Aktivitäten der Franzosen wohl ebenso lähmen, wie die Bundestagswahl im vergangenen Halbjahr das zweite EU-Zugpferd Deutschland. Aber kann sich die Union gerade vor dem Hintergrund der Neuordnung des Alten Kontinents noch Phasen des Stillstands leisten?

Von einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, wie sie im Maastrichter Vertrag steht, ist bis heute nichts zu sehen. Dies zeigt das Beispiel Ex-Jugoslawien ebenso wie das jetzige betretene Schweigen zum Völkermord in Tschetschenien. Bis Europa mit einer Stimme spricht, wird noch einige Zeit vergehen. Aber hat Europa diese Zeit?

Schon jetzt wirft die Regierungskonferenz von 1996 ihre Schatten voraus. Sie hat die Revision der bestehenden Verträge zur Aufgabe und soll der Union das Rüstzeug für die bevorstehende Aufnahme der Osteuropäer geben. Diese Konferenz wird zum Offenbarungseid. Auf ihr wird sich zeigen, ob Europa in der Lage ist, noch einmal zu jener Geschlossenheit der Zwölf zurückzufinden, die den gemeinsamen

Binnenmarkt ermöglicht hat und mit der (gemeinsam mit der Nato) dem damaligen Ostblock getrotzt wurde. Die Alternative besteht in einem kraftlosen Staaten-Sammelsurium nach KSZE-Beispiel.

Visionen sind heutzutage nicht gerade hoch in Mode. Europa braucht aber zumindest mittelfristige Perspektiven. Dem Großherzogtum hat die Europäische Einigung die längste Friedensperiode in seiner Geschichte ermöglicht, wie Premierminister Jacques Santer in seiner Neujahrsbotschaft hervorhob. Das Fernsehen liefert uns täglich Beweise, daß dieser Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit ist. Friedenssicherung muß deshalb die Hauptaufgabe der erweiterten Union bleiben. Und diese ist am besten über eine „immer engere Union der Völker Europas“ zu erreichen, wie es im Vertrag von Maastricht heißt.

GeWe